



POLITISCHE FORDERUNGEN FÜR DIE ÜBERARBEITUNG DER BIOÖKONOMIESTRATEGIE

EINFÜHRUNG

Der Europäische Bioökonomiebund (EUBA) ist ein informeller Bund führender europäischer Organisationen, die in der Bioökonomie tätige Sektoren vertreten. Bioökonomie umfasst die nachhaltige Erzeugung erneuerbarer biologischer Ressourcen vom Land und aus dem Meer und ihre Umwandlung in Lebensmittel, Futtermittel, Fasern, Materialien, Chemikalien und Bioenergie durch effiziente und/oder innovative Technologien. Der EBA sieht seinen Auftrag in der Förderung des Übergangs zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen, nachhaltigen, kreislaufbasierten Bioökonomie in Europa. Damit einhergehen sollte die Inwertsetzung von nicht-fossilem Kohlenstoff, indem die Entwicklung eines kohärenten, ganzheitlichen und nutzbringenden politischen Rahmenwerks für Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie entlang der Wertschöpfungskette angetrieben wird. Dies betrifft ein breites Spektrum an Politikfeldern wie u.a. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Meerespolitik, Industrie, Klima, Umwelt, Energie, Forschung und Innovation sowie regionale Entwicklung. Bioökonomie ist von Natur aus kreislaufbasiert. Um es unseren Sektoren zu ermöglichen, den Übergang zu einer kreislaufbasierten Bioökonomie in Europa zu fördern und zur Umsetzung globaler Verpflichtungen wie den nachhaltigen Entwicklungszielen der UN beizutragen, fordert der EBA die Umsetzung konkreter Maßnahmen und langfristige Unterstützung in folgenden Themenbereichen: Verfügbarkeit von nachhaltig erzeugter Biomasse (1. politische Forderung), Stärkung von Investitionen (2. und 3. politische Forderung) und Marktentwicklung (4. und 5. politische Forderung).

Wir stellen folgende fünf politische Forderungen auf:

1. Biomasse: Die kreislaufbasierte Bioökonomie sollte integraler Bestandteil der EU-weiten Rahmenbedingungen und Politiken sein
2. Investitionen: Verstärkung der finanziellen Förderung und Verbesserung der Kohärenz von Finanzierungsmechanismen für die Kreislaufwirtschaft
3. Investitionen: Sichern der gemeinsamen Unternehmen der biobasierten Industrien (*Bio-Based Industries Joint Undertaking – BBI JU*) 2.0
4. Märkte: Anreize für biobasierte Produkte in strategischen Sektoren
5. Märkte: Förderung der Sichtbarkeit biobasierter Produkte zur Ankurbelung der Marktnachfrage
- 6.



POLITISCHE FORDERUNGEN

VERFÜGBARKEIT VON BIOMASSE

1. politische Forderung – Die Bioökonomie sollte integraler Bestandteil der EU-weiten Rahmenbedingungen und Politiken sein

Was: Die Bioökonomie sollte integraler Bestandteil der EU-weiten Rahmenbedingungen und Politiken sein, insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020, aber auch der EU-Forststrategie (EUFS), des Klima- und Energierahmens 2030 sowie des nächsten EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (FP9), der EU-Industriepolitik, dem Paket zur Kreislaufwirtschaft, der EU-Kohäsionspolitik und der Agenda „Blaues Wachstum“.

Warum: Eine auf nachhaltige, effiziente und wettbewerbsfähige Art und Weise erzeugte und recycelte Biomasse aus Land-, Forst- und Meereswirtschaft („mehr und besser produzieren“) sowie aus Abfällen kann einen bedeutenden Beitrag zu Europas Klimaverpflichtungen sowie zu sozioökonomischen Zielen wie der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, Wachstum und bestandsfähigen ländlichen Gebieten leisten. Sie kann überdies dazu beitragen, Europas Importabhängigkeit zu verringern und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Darüber hinaus kann sie durch eine nachhaltige Bewirtschaftung von Land und Ressourcen die Artenvielfalt stärken.

Wie: Die Bioökonomie sollte integraler Bestandteil der Bewertung der Auswirkungen der GAP auf den Klimawandel sowie auch der GAP nach 2020 und der überarbeiteten EU-Kohäsionspolitik (Regionalfonds) sein. Der Klimanutzen einer nachhaltigen Bioökonomie und biobasierter Produkte muss bessere Anerkennung finden und im EU-Rahmenwerk zur Berechnung der Treibhausgasemissionen von Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) berücksichtigt werden. Dies kann geschehen, indem die Berechnungskategorien für geerntete Holzprodukte aktualisiert und ausgeweitet werden, um zukünftigen innovativen Verwendungen von Biomasse besser Rechnung zu tragen. Zur Unterstützung der Landwirte, Waldbesitzer und ihrer Genossenschaften muss ein ausreichender Haushalt der zukünftigen GAP sichergestellt werden, damit jene weiterhin in die Entwicklung der Bioökonomie investieren können.



Die EU-Regionalfonds müssen einen größeren Beitrag zu Investitionen in Infrastruktur und Breitband in ländlichen Gebieten leisten, um besser vernetzte Wertschöpfungsketten zu schaffen.

Die EU-Forststrategie (EUFS) und ihr mehrjähriger Umsetzungsplan sollten Bioökonomie und die Rolle der Primärerzeuger als Wegbereiter der Bioökonomie stärker fördern. Die Europäische Kommission sollte konkrete Aktionen dazu vorlegen, wie die EUFS aktuelle und zukünftige Investitionen des Forstwirtschaftssektors in die Bioökonomie unterstützen wird.

Letzten Endes kann die Bioökonomie ihr volles Potenzial nur ausschöpfen, wenn neue Technologien entwickelt werden, die dabei helfen, Engpässe zu überwinden und die Biomasseerzeugung sowie das Recycling von Bioressourcen und Bio-Nährstoffen auf der Grundlage gleicher Ausgangsbedingungen wettbewerbsfähiger zu gestalten. Dazu gehört auch die verstärkte Mobilisierung von Reststoffen und Sekundärrohstoffen wie Bioabfall, beispielsweise im Zusammenhang mit der Abfallrahmenrichtlinie und der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle. Der Bioökonomie sollte somit in der Forschungs- und Entwicklungs-, Industrie- und Unternehmenspolitik eine zentrale Rolle zukommen (vgl. politische Forderungen 2-5).

STÄRKUNG VON INVESTITIONEN

2. politische Forderung – Verstärkung der finanziellen Förderung und Verbesserung der Kohärenz von Finanzierungsmechanismen für die Kreislaufwirtschaft

Was: Stärkung von Förderung und Finanzierung der Bioökonomie durch einen kohärenten Ansatz, welcher Teil der überarbeiteten Bioökonomiestrategie ist und Fördermittel und -instrumente optimiert sowie gleichzeitig eine Anhebung der Gesamtfördermittel für die Bioökonomie – also sowohl von Zuschüssen als auch Krediten – mit sich bringt.

Warum: Die öffentliche Unterstützung bioökonomiebezogener Aktivitäten durch öffentliche Fördersysteme stärkt Innovation in der Bioökonomie, schafft Vertrauen bei Investoren, hält Investitionen europäischer Investoren in der Europäischen Union und lockt externe Investoren in die EU.

Wie: Die verstärkte finanzielle Förderung und verbesserte Kohärenz der Finanzierungsmechanismen



muss Teil der überarbeiteten Bioökonomiestrategie werden. Die Initiative sollte von der Europäischen Investitionsbank (EIB), weiteren relevanten Generaldirektionen (GD) der Kommission, insbesondere der GD RTD, GD REGIO, GD AGRI, GD GROW, GD CLIMA, sowie von den Mitgliedstaaten angenommen und unterstützt werden und zudem in einen Bericht des Europäischen Parlaments einfließen. Um der gegenwärtigen Komplexität der Förderungslandschaft Abhilfe zu schaffen, sollten EU- (z.B. Öffentlich-private Partnerschaften, Innovationsfonds des EU-Emissionshandelssystems ETS, Rahmenprogramm für Forschung, Europäische Strukturfonds, etc.) und nationale Möglichkeiten der öffentlichen Förderung sowie regionale Nicht-EU-Fonds zu einer begrenzten Anzahl an leicht verständlichen und zugänglichen, auf die Bioökonomie zugeschnittenen Förderungs- und Finanzierungsmechanismen zusammengefasst werden. Eine verstärkte Finanzierung über Kredite und Kreditgarantien sollte jedoch nicht in eine Verringerung der Finanzmittel für Zuschüsse münden. Ein beschleunigtes Verfahren der EIB für den Zugang zu Krediten und anderen Finanzinstrumenten – eventuell im Rahmen eines „Europäischen Fonds für strategische Investitionen in Bioökonomie (EFSIB)“ und in sinnvoller Abstimmung mit dem vorgesehenen Finanzinstrument zur Risikoteilung „Thematische Investitionsplattform für eine kreislaufbasierte Bioökonomie“ – könnte das Ganze ergänzen. Nationale Strukturfonds können in das 8. (Horizont 2020) und 9. (FP9) EU-Rahmenprogramm zur Finanzierung eingegliedert werden, um einen leichteren Zugang und eine harmonisierte Umsetzung (z.B. Festlegung von Kostenkategorien) zu begünstigen. Insgesamt wäre es wünschenswert, eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen zu schaffen, welche Zugang zu ausführlichen und zweckmäßigen Informationen bietet. Außerdem wäre es wichtig, sachkundige Investitionsentscheidungen zu unterstützen und zu fördern sowie praxistaugliche Beratung in Echtzeit über integrative Förderungs- und Finanzierungsinstrumente zur Verfügung zu stellen.

3. politische Forderung – Sichern der gemeinsamen Unternehmen der biobasierten Industrien (*Bio-Based Industries Joint Undertaking – BBI JU*) 2.0

Was: Finanzierungsmöglichkeiten durch öffentlich-private Partnerschaften (PPP), insbesondere die gemeinsamen Unternehmen der biobasierten Industrien (BBI JU), sollten fortgeführt (BBI 2.0) und im Rahmen des nächsten EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (FP9) finanziell aufgestockt werden.

Warum: Finanzmittel für Innovation und Vergrößerung sind essenziell für die Entwicklung einer



wettbewerbsfähigen Bioökonomie. BBI JU sind äußerst vielversprechende öffentliche und private Anstrengungen, die großen Herausforderungen der Gesellschaft anzugehen, indem biobasierte Materialien entwickelt und gleichzeitig auch die Hebelwirkung von Kapitalmärkten und zusätzlichen privaten und öffentlichen Mitteln freigesetzt werden. Die Verwirklichung innovativer bioökonomiebezogener Projekte (wie der Bau von Bioraffinerien auf Basis von Spitzentechnologien) ist trotz äußerst vielversprechender Projekte angesichts der in der Industrie regulär zu erwartenden Kapitalrendite nach wie vor oft mit hohen finanziellen Risiken verbunden. Ohne öffentliche Unterstützung könnte die für die Investitionsausgaben (CapEx) notwendige Amortisationszeit von der Industrie als zu lange befunden werden, was positive Investitionsentscheidungen hemmen würde. Gleichzeitig sind in kommerziellem Maßstab betriebene Anlagen erforderlich, um Engpässe zu überwinden, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und zu zeigen, dass die Kapitalrendite industriell tragbare Niveaus erreichen kann, und um dadurch letztendlich Bau und Nutzung biobasierter Produktionsanlagen voranzutreiben. Darüber hinaus sollten auch Forschung zu bioökonomierelevanten Themen sowie Demonstrationsvorhaben gefördert werden, um eine solide Grundlage für industrielle Großprojekte zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit bestehender Produktionskapazitäten zu stärken. Zudem bringen öffentlich-private Partnerschaften die gesamte Wertschöpfungskette zusammen und mobilisieren zentrale Stakeholder – von KMU bis hin zu großen Unternehmen.

Wie: BBI 2.0 als Fortführung von BBI JU muss bis 2020 als Bestandteil von FP9 gesichert werden. BBI 2.0 muss Teil der überarbeiteten Bioökonomiestrategie sein. Eine Hervorhebung der bisherigen Errungenschaften sowie der Erhalt von Unterstützung für das BBI-Rahmenwerk von der Generaldirektion (GD) RTD und anderen relevanten GD, insbesondere der GD AGRI, GD ENER und GD REGIO, verbessert die Reichweite des Programms und seinen Beitrag zu Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum in der EU, auch in ländlichen Gebieten. Zur Steigerung des Erfolgspotenzials ist die Unterstützung durch EU-Ratspräsidentschaften sowie durch die Mitgliedstaaten und Regionen ein entscheidender Faktor.



MARKTENTWICKLUNG

4. politische Forderung – Anreize für biobasierte Produkte in strategischen Sektoren

Was: Die EU sollte in strategischen Sektoren Anreize für die Nutzung erneuerbarer statt fossiler Rohstoffe setzen.

Warum: Die Schaffung von Anreizen für die Nutzung biobasierter Produkte in strategischen Sektoren (z.B. Verpackung, Automobil, Beschichtung, Bau, Kosmetik, Energie, Düngemittel, häusliche Pflege, Pharma- und Textilindustrie) wird die Entwicklung einer langfristig nachhaltigen, kreislaufbasierten Bioökonomie in Europa ermöglichen und den Umweltfußabdruck der EU verringern.

Wie: Bioökonomie und biobasierte Produkte sollten kurz- bis mittelfristig Anerkennung finden, indem Anreize in die relevanten Politiken und Verordnungen eingebracht werden. Dazu zählen z.B. die Ökodesign-Richtlinie¹ und EU-Ökolabel-Initiativen, die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle², die Abfallrahmenrichtlinie³, die Abfalldeponierichtlinie⁴, die Plastikstrategie, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie nach 2020 und die Düngemittelverordnung⁵. Langfristig gesehen können die Anreize als Vorlage für andere Politikbereiche dienen und es könnten Negativanreize (z.B. Steuererhöhungen, begrenzte Werbemöglichkeiten) für Produkte ohne erneuerbare Rohstoffe eingeführt werden.

¹ Ökodesign-Richtlinie, Europäische Kommission 2009: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32009L0125>

² Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle, Europäische Kommission 1994: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:01994L0062-20150526>

³ EU-Abfallrahmenrichtlinie, Europäische Kommission 2008: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32008L0098>

⁴ Abfalldeponierichtlinie: http://ec.europa.eu/environment/waste/landfill_index.htm

⁵ Düngemittelverordnung, Europäisches Parlament und Rat 2003: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32003R2003>



5. politische Forderung – Förderung der Sichtbarkeit biobasierter Produkte zur Ankurbelung der Marktnachfrage

Was: Um die Marktnachfrage nach biobasierten Produkten zu stimulieren, sollte die EU gewerbliche Abnehmer und Verbraucher hinsichtlich der Vorteile einer Verwendung von Biomasse in der Wertschöpfungskette sowie für die Eigenschaften biobasierter Produkte stärker sensibilisieren. Aufbauend auf EU-Initiativen sollte die EU in ihrer offiziellen Kommunikation auf bestehende Standards und Bezeichnungen zur Definition von biobasierten Produkten⁶ verweisen und deutlich machen, dass aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellten Produkten in der öffentlichen Auftragsvergabe und/oder Steuervorschriften klar Vorzug gegeben wird.

Warum: Europäische Standards stellen eine wissenschaftsbasierte Herangehensweise an Harmonisierung und Kommunikation dar, die breite Unterstützung findet. Zertifizierungs- und Kennzeichnungssysteme auf Grundlage europäischer Standards ermöglichen es, klare und unmissverständliche Kommunikationsarbeit zu den Eigenschaften biobasierter Produkte zu betreiben.

Werbeaktionen zur Verwendung erneuerbarer Rohstoffe und eine verbesserte Sichtbarkeit biobasierter Produkte fördern das Bewusstsein für bestehende erneuerbare Alternativen zu traditionellen, auf fossile Kohlenstoff basierenden Produkten und stärken nachhaltigen Konsum sowie nachhaltige Produktionsmuster. Eine Ankurbelung der Marktnachfrage nach biobasierten Produkten wird zu einem erhöhten Angebot führen. Im Rahmen des „Biopreferred“-Programms des US-Landwirtschaftsministeriums⁷ wurden 2016 beispielsweise 2.250 zertifizierte biobasierte Produkte auf dem US-Markt gezählt.

Wie: Auf Grundlage der Arbeit der Expertengruppe für biobasierte Produkte der GD Grow der Jahre 2015 und 2016 sollte die EU bei der Umsetzung ihrer „15 Empfehlungen für eine verstärkte Aufnahme von biobasierten Produkten in die öffentliche Auftragsvergabe“⁸ eine koordinierende Rolle

⁶ u.a. CEN TC 411 zu biobasierten Produkten

⁷ Sensibilisierungsprogramm „Biopreferred“ des USDA für die öffentliche Auftragsvergabe:

<https://www.biopreferred.gov/BioPreferred/>

⁸ 15 Empfehlungen für eine verstärkte Aufnahme von biobasierten Produkten in die öffentliche Auftragsvergabe:



einnehmen. Dazu gehört u.a. die Entwicklung umfassender Informationspakete zu Produkten und Materialien, um das Auftragswesen der Mitgliedstaaten und ihre beteiligten Dienstleister in Bezug auf deren Vorgaben und Ausschreibungsplanung Hilfestellung zu leisten und somit auf eine verstärkte Aufnahme von auf erneuerbaren Materialien basierenden Produkten hinzuwirken.

Darüber hinaus sollte in offiziellen Mitteilungen der unterschiedlichen Behörden und Regulierungsstellen der EU und der Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Ausschreibungsverfahren der öffentlichen Auftragsvergabe, vermehrt auf glaubwürdige Zertifikate und Label mit der Bezeichnung 'biobasierter Inhalt' auf der Grundlage der Norm EN 16785-1:2015 verwiesen werden. Die Nutzung des kürzlich entwickelten NEN⁹-Zertifikats und Labels für biobasierten Inhalt¹⁰ zum Beispiel würde die Erfüllung der europäischen Norm bezeugen und eine Zunahme der Anzahl von Produkten mit der Bezeichnung 'biobasierter Inhalt' anregen. Vor diesem Hintergrund sollten Nachhaltigkeitsvergleiche zwischen fossilen und biobasierten Produkten auf einer fairen Grundlage durchgeführt werden.

Die Europäische Kommission sollte aus den Erfolgen des „BiopREFERRED“-Programms des US-Landwirtschaftsministeriums lernen und unverzüglich neuartige Auftragsvergabeinstrumente einrichten und/oder bestehende anpassen. Sie hat die Möglichkeit, Verweise auf Aktionen und öffentliche Auftragsvergabeverfahren zum Thema 'biobasierter Inhalt' im bestehenden Rahmenwerk u.a. in folgenden Bereichen einzubringen:

- Grünes öffentliches Beschaffungswesen und EU-Ökolabel
- Strategie zur wichtigsten Grundlagentechnologie (industrielle Biotechnologie) und Horizont 2020 (gesellschaftliche Herausforderung 2)
- LIFE-Programm
- Ausschreibungen der gemeinsamen Unternehmen der biobasierten Industrien,
- Aktionen des Pakets zur Kreislaufwirtschaft

25. SEPTEMBER 2017

http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8767

⁹ Niederländisches Institut für Normung

¹⁰ Zertifizierungssystem 'biobasierter Inhalt', *Bio-based content* 2017: <http://www.biobasedcontent.eu/>



European
Bioeconomy
Alliance

ABOUT EUROPEAN BIOECONOMY ALLIANCE

The European Bioeconomy Alliance (EUBA) is an alliance of leading European organisations representing sectors active in the bioeconomy – agriculture, forestry, biotechnology, sugar, starch, vegetable oils, pulp and paper, bioplastics, renewable ethanol, and research & innovation.

Members of the European Bioeconomy Alliance



BIC
Bio-based Industries Consortium



CEFS
European Association
of Sugar Producers



CEPF
Confederation of European
Forest Owners



CEPI
Confederation of European
Paper Industries



COPA-COGECA
European Farmers and
European Agri-Cooperatives



ePURE
European Renewable Ethanol
Producers Association



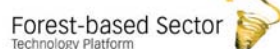
EUBP
European Bioplastics



EuropaBio
The European Association
for Bioindustries



FEDIOL
The EU Vegetable Oil &
Proteinmeal Industry



FTP
Forest-based Sector
Technology Platform



PFP
Primary Food Processors



Starch Europe
European Starch Industry
Association